Heilige Nacht aus Oberammergau – mit geschnitzten Figuren, die in einer Art Häuschen als Ensemble fest montiert sind und gar nicht nach Heiligem Land aussehen. Foto: Jochen Stoss

Bethlehem kann manchmal auch in Bayern liegen

Dom-Museum zeigt Weihnachtskrippen einer Bremerin

ls. Eine Krippe ist, laut Dudens Bedeutungswörterbuch, ein „trogartiger Behälter für Futter von Vieh oder größerem Wild" Beim Wort „Weihnachtskrippe" aber tauchen andere Bilder auf, und statt der improvisierten Liegestatt des zu Bethlehem geborenen Kindleins sind da ganze, dramatische Szenen von Menschen, Tieren, Häusern und mitunter sogar noch von Landschaft gemeint.

In einer solchen Weihnachtskrippe kann sich sogar die Krippe selbst verwandelt haben in eine Wiege, bunt bemalt und umgeben von Leuten, denen man im römischen Weltreich des Kaisers Augustus bestimmt nie begegnet wäre. Sie tragen nämlich bayrische Tracht.

Zum dritten Male schon zeigt das Dom-Museum jetzt Weihnachtskrippen aus der Sammlung der Bremerin Ruth Büsenschütt. Zu sehen sind 13 Krippen. Die drei norddeutschen darunter – so auch Gitta Scheuenweges „Worpsweder Krippe" – stehen im Nordschiff extra, eine aus Oberammergau ist so komplett eingerichtet wie ein museales Heimatstübchen.

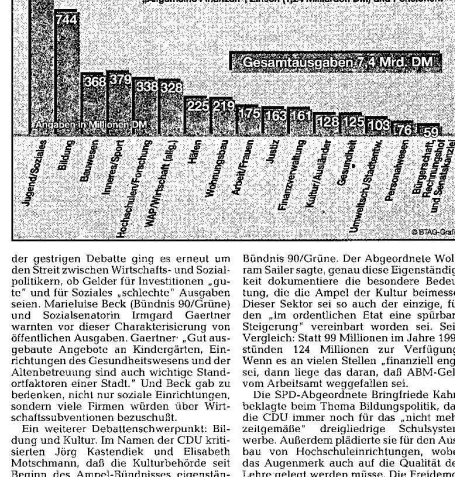
Sogar aus Bethlehem kommt eine dieser Krippen von Bethlehem, und diese ist aus dem Holz des Ölbaums geschnitzt. Aus Berlin stammt die mit den winzigen Zinnfigürchen. Die meisten aber sind süddeutscher oder österreichischer Herkunft. Oft kaufte Familie Büsenschütt sie auf Ferienreisen, und fast immer sollte es nun aber wirklich die allerletzte sein, die noch dazukam.

■ Das Dom-Museum zeigt diese Weihnachtskrippen bis 6. Januar. Die Öffnungszeiten: montags bis freitags von 13 bis 16.30 Uhr, sonnabends von 10 bis 12 Uhr, sonntags von 14 bis 17 Uhr.

Rund 50 Millionen Mark „bewegt"

Landtag beschloß Etat 1994 mit einem Volumen von 7,4 Milliarden Mark

as/wig. Fast 20 Debattenstunden haben die 100 Bürgerschaftsabgeordneten an den vergangenen drei Tagen damit verbracht, über den Etat für 1994 mit einem Ausgabenvolumen von rund 7,4 Milliarden Mark zu streiten. Tatsächlich bewegt wurden dabei rund 50 Millionen Mark. Soviel „kosten" die Anträge, die die Ampel-Koalition ergänzend zum Etatentwurf des Senats einbrachte. Die Anträge der CDU, beispielsweise die Bremer Straßenbahn AG und die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft zu verkaufen, scheiterten an der Mehrheit der Ampelkoalition von SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne. Die Koalition beschloß mehrere Steuererhöhungen, die für rund 15 Millionen Mark Einnahmen sorgen sollen.



Vor den Haushaltsberatungen ab Montag hatten die Spitzenvertreter der Ampel bereits 30 Stunden lang gerungen, um mehrere Vereine und Projekte zu retten sowie Sanierungsmittel für Schulen aufzutreiben. Heraus kam dabei ein Strauß an Einzelanträgen. Der Katalog reicht von „Aufwendungen für nebenamtlich Tätige in der Bildungsarbeiterwerkstatt" (70 000 Mark) über „Erwerb von Belegungsrechten von Sozialwohnungen" (1,4 Millionen Mark) bis hin zu „Herrichtung Allgemeine Berufsschule Steffensweg" (500 000 Mark).

Der gestern beschlossene Etat sieht vor, daß Bremen dank der Bundesüberweisung in Höhe von 1,8 Milliarden Mark seine Schulden um rund 330 Millionen Mark abbaut. Damit dies gelingt, muß die Wirtschaft entgegen den bisherigen Prognosen floriren, und das Bildungs- sowie das Sozialressort müssen noch Einsparungen von 27 Millionen Mark vornehmen. Das Parlament billigte zudem den Nachtragshaushalt für 1993. Ein zusätzlicher Kredit in Höhe von 262 Millionen Mark muß aufgenommen werden, um Steuerausfälle auszugleichen.

Das Ressort Jugend/Soziales (siehe nebenstehende Grafik) verbraucht mit 1,2 Milliarden Mark den größten Anteil vom Haushalt. In dieser Summe sind allein 932 Millionen Mark für Sozialhilfe enthalten. In der gestrigen Debatte ging es erneut um den Streit zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitikern, ob Gelder für Investitionen „gute" und für Soziales „schlechte" Ausgaben seien. Marieluise Beck (Bündnis 90/Grüne) und Sozialsenatorin Irmgard Gaertner warnten vor dieser Charakterisierung von öffentlichen Ausgaben. Gaertner: „Gut ausgebaute Angebote an Kindergärten, Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Altenbetreuung sind auch wichtige Standortfaktoren einer Stadt." Und Beck gab zu bedenken, nicht nur soziale Einrichtungen, sondern viele Firmen würden über Wirtschaftssubventionen bezuschußt.

Ein weiterer Debattenschwerpunkt: Bildung und Kultur. Im Namen der CDU kritisierten Jörg Kastendiek und Elisabeth Motschmann, daß die Kulturbehörde seit Beginn des Ampel-Bündnisses eigenständig ist. Daraus resultierten Kosten von rund einer Million Mark, die besser direkt für die kulturelle Arbeit ausgegeben werden sollten. Ganz anders die Lesart der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Der Abgeordnete Wolfram Sailer sagte, genau diese Eigenständigkeit dokumentiere die besondere Bedeutung, die die Ampel der Kultur beimesse. Dieser Sektor sei so auch der einzige, für den „im ordentlichen Etat eine spürbare Steigerung" vereinbart worden sei. Sein Vergleich: Statt 99 Millionen im Jahre 1991 stünden 124 Millionen zur Verfügung. Wenn es an vielen Stellen „finanziell eng" sei, dann liege das daran, daß ABM-Geld vom Arbeitsamt weggefallen sei.

Die SPD-Abgeordnete Bringfriede Kahrs beklagte beim Thema Bildungspolitik, daß die CDU immer noch für das „nicht mehr zeitgemäße" dreigliedrige Schulsystem werbe. Außerdem plädierte sie für den Ausbau von Hochschuleinrichtungen, wobei das Augenmerk auch auf die Qualität der Lehre gelegt werden müsse. Die Freidemokratin Annelene von Schönfeldt setzte sich für die Privatschulen ein. Und: Die Turnhalle Ronzelenstraße, die abgebrannt sei, müsse nun „schnell wieder aufgebaut werden"

Prozeß um zwei Explosionen

Angeklagter sitzt wegen Giftplatten-Anschlägen in U-Haft

gem. Die Serie von Anschlägen mit Giftplatten, die 1992 die Bremerhavener Polizei in Atem hielt, ist immer noch nicht aufgeklärt. Gleichwohl steht der Mann, der wegen dieser Taten in Untersuchungshaft sitzt, jetzt vor der Strafkammer am Bremerhavener Amtsgericht. Der 43jährige Dreher wird beschuldigt, zwei Sprengstoffexplosionen herbeigeführt zu haben.

Im August 1992 soll er in der Nähe des Polizeipräsidiums einen Sprengsatz gezündet haben, der erheblichen Sachschaden verursachte. Im zweiten Punkt der Anklage wird ihm ein Anschlag auf dem Gelände einer Tontaubenschießanlage in Schiffdorf vorgeworfen. Das Gericht hat für den Prozeß neun Tage angesetzt, 31 Zeugen und drei Gutachter wurden geladen.

Der 43jährige Klaus G. sitzt seit September 1992 in Untersuchungshaft. Er steht im Verdacht, im Januar 1992 eine der sogenannten Giftplatten unter eine Fußmatte in einem Hochhaus in Leherheide gelegt und entzündet zu haben. Diese Platten werden zur Bekämpfung von Ungeziefer verwendet und strömen ein starkes Gift aus, sobald sie mit Wasser in Berührung kommen. Nach der Bekämpfung des Brandes mußten 22 Menschen mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Bei zwei weiteren Anschlägen waren die Wohnhäuser der beiden Leiter der „Sonderkommission Giftplatten" fast vollständig zerstört worden, die Bewohner kamen nur knapp mit dem Leben davon. Wegen dieser Taten wird immer noch ermittelt.

Staatsrat Hoppensack: Drobs raus aus der Bauernstraße

Beirat Östliche Vorstadt befaßte sich mit Drogenpolitik

vj. Die eingeladene Gesundheits- und Sozialsenatorin Irmgard Gaertner ließ sich nach einem langen Tag in der Bürgerschaft entschuldigen. So nahm der Beirat Östliche Vorstadt etwas säuerlich vorlieb mit ihrem Amtsvertreter, Staatsrat Dr. Hans-Christoph Hoppensack. Er bestätigte den Kommunalpolitikern, was ihnen auch die Senatorin gesagt hätte: Daß nun Ernst gemacht werde bei der Dezentralisierung der Drogenberatung und die Tage der „Drobs" in der Bauernstraße gezählt sind.

Hoppensack auf der schlecht besuchten Beiratssitzung in den Weserterrassen: „Ich kann Ihnen noch keinen Termin nennen. Wir sind aber zu der Überzeugung gekommen, daß die Drogenberatungsstelle Bauernstraße dort weg muß." Man prüfe gerade einen neuen Standort, sage aber nicht wo, sonst gebe es gleich wieder Proteste.

Bekannt ist dagegen, daß das Projekt für drogenabhängige Prostituierte von der Schmidtstraße im Steintorviertel an die Knochenhauerstraße in das Hirte-Haus umziehen soll. „Sozial verträglich und gesundheitspolitisch vernünftig" stufte Hoppensack den Umzug in die innerstädtische Einkaufsstraße ein. Ausstiegswillige Frauen sollen in den Räumen des ehemaligen Lampengeschäftes im ersten Stock ihr Methadon erhalten und ein kleines Café bekommen. Im Beirat Mitte hatte es dazu ein Patt gegeben, weil CDU und FDP gegen den Standort Knochenhauerstraße sind.

Zum Punkt „Zwischenbilanz zur Drogenproblematik im Stadtteil" war auch Staatsrat Michael Knüsel vom Innenressort geladen. Er provozierte die Fraktion „Wir im Viertel" mit der Aussage, eine völlige Zerschlagung des Drogenstrichs im Viertel sei nicht möglich. „Auch nicht mit zwei Hundertschaften von Polizisten, wenn wir sie denn hätten." Er bezeichnete es schon als großen Erfolg, daß der überproportionale Polizeieinsatz den Drogenstrich auf ein „für die Bevölkerung erträgliches Maß" reduziert habe. Repression, so Knüsel, könne das Drogenproblem nicht lösen, sondern nur verdrängen. Der Beirat Östliche Vorstadt will es zumindest aus seinem Bereich verdrängen. Mehrheitlich stimmte er für die Einrichtung eines überwachten Drogenstrichs im Holzhafen an der Cuxhavener Straße neben dem Straßenstrich.

Stefan Schafheitlin (Wir im Viertel) erkundigte sich nach dem Berufungsverfahren für einen neuen Landes-Drogenbeauftragten und erfuhr von Staatsrat Hoppensack, daß die Bewerbungsfrist abgelaufen sei. Nach Informationen aus seiner Behörde wird es künftig keinen Drogenbeauftragten mit eigenen Kompetenzen, sondern einen Referatsleiter geben, der die gesamte Drogenpolitik koordiniert.

Die Initiative J.E.S. (für Junkies, Ehemalige und Substituierte) warf dem Senat vor, eine viel zu teure und aufwendige Drogenpolitik zu betreiben.

Auswahl ⇨ optimal

Hemden in allen denkbaren Stilrichtungen:
klassisch für Alltag, bunt für Freizeit,
gediegen für Business, schmuck für Parties.

Vielfalt an Kragenformen; Unis, Streifen, Drucke

39,90 49,90 69,90

Dyckhoff
Gepflegtes zu gutem Preis

Bremen, Obernstraße · Parkmöglichkeit Brill-Parkhaus